

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telefon: Axel Blücher 4194-4195



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin G 28 61, Zehn-Minuten-Post 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bekannter Tatsachen gegeben. Redaktion lehnt alle 4 Seiten
vor dem Druck ab, wenn nicht schon vorher im Gespräch für beide Teile 4 Seiten.

Berlin, den 26. Sept. 1932. 27/4

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Rückblick auf Genf.

Vierzigstundenkonvention - wann und was dann ?

SPD. Der Ausgang der Sondertagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, die den Weg zu einer internationalen Arbeitszeitverkürzung frei machen sollte, hat nicht das gebracht, was die Arbeiterschaft von ihr erwartet hat. Nach langen und schweren Kämpfen war es in Genf der Arbeitergruppe gelungen, wenigstens bis zu einem gewissen Grad den Widerstand der Regierungen und auch eines Teils der Arbeitgeber gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit zu überwinden. Die Arbeitergruppe forderte jedoch in ihrer Entschliessung zur Arbeitszeitfrage, die im April von der Arbeitskonferenz angenommen wurde, dringend eine internationale Regelung der Vierzigstundenwoche, und der Vertreter der italienischen Regierung im Verwaltungsrat war, nachdem auch der faschistische Korporationsrat erkannt hatte, dass das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wieder hergestellt werden kann, beauftragt worden, eine Sondertagung zur beschleunigten Verabschiedung internationaler Arbeitszeitvereinbarungen mit dem Ziel der Vierzigstundenwoche oder noch kürzerer Arbeitszeit zu beantragen.

In dem italienischen Antrag, der im Verein mit der Entschliessung der Arbeitergruppe auf der 16. Internationalen Arbeitskonferenz zu der nunmehr beendeten Sondertagung des Verwaltungsrates geführt hat, wird auch darauf hingewiesen, dass die internationale Arbeitsorganisation die Pflicht habe, der Anfang des nächsten Jahres in Genf zusammentretenden Weltwirtschaftskonferenz geeignete Vorschläge über eine allgemeine internationale Arbeitszeitverkürzung rechtzeitig zu unterbreiten. Die Sondertagung des Verwaltungsrates hat nun beschlossen, eine technische Konferenz zur Beratung dieser Frage einzuberufen, die im nächsten Januar in Genf zusammentreten wird, und im Oktober wird der Verwaltungsrat in Madrid darüber Beschluss fassen, ob die Frage der Arbeitszeitverkürzung auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1933 gesetzt werden soll.

Dieses Verfahren bedeutet wohl eine Beschleunigung im Hinblick auf die geschäftsordnungsmässigen Vorschriften der Internationalen Arbeitskonferenz, es genügt jedoch nicht im Hinblick auf die Dringlichkeit der Problemlösung. Angesichts der Hartnäckigkeit der Krise und der Besorgnisse, mit denen man in allen industriellen Ländern dem kommenden Winter entgegensieht, wäre eine sofortige konkrete Lösung erwünscht gewesen.

Die internationalen Schwierigkeiten sollen nicht verkannt werden. Aber so, wie die Dinge liegen, ist vor dem nächsten Sommer mit der Verabschiedung einer Vierzigstundekonvention nicht zu rechnen. Die im Januar stattfindende technische Konferenz kann wohl Vorschläge formulieren, die der Weltwirtschaftskonferenz unterbreitet werden können. Gegebenenfalls werden auch solche formulierten Vorschläge den Regierungen übermittelt, damit sie für zwei- oder mehrseitige Verträge auf dem Gebiet der Arbeitszeit entweder generell oder industrieweise als Unterlage dienen. Aber davon abgesehen, wird erst ein von

der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenes Uebereinkommen die Rechtsnorm für die internationale Gültigkeit der Vierzigstundenwoche aufstellen können.

Der Plan, keine besondere Internationale Arbeitskonferenz einzuberufen, sondern die Frage eventuell auf zwei aufeinander folgenden Lesungen in der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz zu verabschieden, geht vom Internationalen Arbeitsamt aus. Massgeblich sind dabei vor allen Dingen budgetäre Gründe. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, dass das Internationale Arbeitsamt auf ein vorsichtiges und weniger stürmisches Vorgehen in dieser Frage Wert legt. Nach den Erfahrungen, die das Amt bisher mit dem Arbeitszeitübereinkommen gemacht hat, ist diese Haltung verständlich. Wenn hier Vorwürfe am Platze sind, dann müssen sie an die richtige Adresse gerichtet werden, d.h. nicht an das Amt, sondern an die Regierungen, die auf den Internationalen Arbeitskonferenzen den internationalen Uebereinkommen über den Achtstundentag in gewerblichen Betrieben, im Handel und in den Büros sowie einem internationalen Uebereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau ihre Zustimmung gaben, nachher aber nicht ratifizierten. Der Antrag des französischen Regierungsvertreters auf der Sondertagung des Verwaltungsrates, die Regierungen aufzufordern, zunächst einmal die bestehenden Uebereinkommen zu ratifizieren, ohne Rücksicht auf die weiter zu verfolgende Verkürzung der Arbeitszeit, war daher durchaus am Platz. Die Praxis hat gezeigt und zeigt es täglich mehr, dass die besten internationalen Uebereinkommen, die in Genf verabschiedet werden, nichts nützen, wenn in den einzelnen Ländern die Regierungen von ihren Arbeitern nicht unter Druck gesetzt werden, damit die internationalen Beschlüsse auch zum Gesetz erhoben werden.

Wir brauchen die Vierzigstundenwoche. Es genügt aber nicht, dass eine Vierzigstundenkonvention auf dem Papier steht. Die Vierzigstundenkonvention soll Wirklichkeit werden, und wir brauchen sie dringend. Wir bekommen sie aber nie, wenn in Deutschland die Regierung der Barone am Ruder bleibt. Eine Regierung, die den deutschen Arbeiter auf das Niveau eines Kuli herunterdrückt, gibt den Scharfmachern im Ausland nur die Möglichkeit, unter Hinweis auf die Erschwerung der Konkurrenz durch Deutschland zusammen mit den deutschen Scharfmachern jeden sozialen Fortschritt zu unterbinden. Eine Politik, die den Arbeitern hilft, kann nur von den Arbeitern gemacht werden. Also muss der Arbeiter dafür sorgen, dass die organisierte Macht der Arbeiter im Staat wieder zu Einfluss kommt.

SPD. Breslau, 27. Sept. (Eig. Drahtb.)

Das Sondergericht in Schweidnitz verurteilte am Dienstag mehrere SA-Leute, die am 11. März d.J. an einem planmässigen Ueberfall auf flugblattverteilende Reichsbannerleute bei Schönbrunn Kreis Schweidnitz beteiligt gewesen waren und den Reichsbannermann Tkarczik viehisch misshandelt hatten, wegen Landfriedensbruchs. Die Angeklagten Skiba und Beckermann erhielten wegen einfachen Landfriedensbruchs je drei Monate Gefängnis, der Angeklagte Alde wegen schweren Landfriedensbruchs 6 Monate Gefängnis, der Angeklagte Rohr wegen schweren Landfriedensbruchs und Waffenmissbrauchs 7 Monate Gefängnis, der Angeklagte Wojwoda wegen schweren Landfriedensbruchs, Rädelsführerschaft und Waffenmissbrauchs 9 Monate Gefängnis. Der mitangeklagte Reichsbannermann Heinrich wurde freigesprochen, da ihm keine Teilnahme an Ausschreitungen nachgewiesen werden konnte.

SPD. Stuttgart, 27. Sept. (Eig. Drahtb)

In Württemberg liegen sich die Harzburger ebenfalls heftig in den Haaren. Auch hier läuft der Harzburger Käse immer hoffnungsloser auseinander.

Vor kurzem ist der Direktor Roser von der Württembergischen Notenbank, dem Bankinstitut des Staates Württemberg, mit einer in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung aus der Deutschnationalen Partei, der er bisher angehörte, zur nationalsozialistischen Partei übergetreten. Dadurch haben sich die Differenzen zwischen Roser und seinen Vorgesetzten, dem deutschnationalen Finanzminister Dr. Dehlinger, die schon vorher bestanden haben, erheblich verschärft. Es gewinnt jetzt immer mehr den Anschein, dass Rosers Uebertritt zu den Hakenkreuzlern überhaupt nur erfolgte, weil er annahm, dass es ihnen gelingen würde, in der württembergischen Regierung eine führende Position zu erhalten. Für diesen Fall hat sich Roser offenbar als Kandidat für den Finanzministerposten zur Verfügung gehalten. Nun ist aber alles anders gekommen, als gewisse Leute in den lauen Nächten dieses Frühjahrs geträumt haben. Die Bauernbündler und Deutschnationalen, die nach den Landtagswahlen gewillt waren, den Nazis das Staatspräsidium zu überlassen, haben verschiedene Haare in der Suppe gefunden, und die Konjunktur hat sich für die Nazis in Württemberg ganz allgemein erheblich verschlechtert. Das hat nun wohl auch dazu geführt, dass der deutschnationale Finanzminister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Notenbank den Mut fand, den Konflikt mit Roser durch einen energischen Schritt zu beenden: er hat Roser auf Zwangsurlaub geschickt, der wohl der Vorläufer für das Ende seiner leitenden Stellung in der Notenbank sein wird.

SPD. Aus Köln wird uns über einen echten deutschen Ehrenmann folgendes geschrieben :

Der Leiter der Jüchener und Kreis-Bergheimer Ziegelei-Konzerns Dr. Siegel in Jüchen ist wegen riesenhafter Kreditschwindeleien verhaftet worden. Zwei Grossbanken, die Kreissparkasse Grevenbroich - Neuss und eine Reihe von Landwirten und Geschäftsleuten haben insgesamt 1 Million Mark verloren. Die Arbeiter der dem Konzern angeschlossenen Bedburger Ringofenziegelei haben über einen Monat keine Löhne erhalten. Erst jetzt sind ihnen durch eine der beteiligten Banken Abschlagszahlungen auf ihre Löhne gezahlt worden.

Siegel legte die Sparkasse, die Banken und Private in der frechsten Weise hinein. Seine Sicherheiten an Grundstücken übereignete er mehrmals. Zahlreiche Freunde bewog er zu sogenannten "Gefälligkeitswechselln", für die die Aussteller jetzt grade stehen müssen. Als ihm einer dieser Freunde ein Akzept über 7000 Mark ausgestellt hatte, log ihm Siegel kurz darauf vor, es sei ein Tintenfass auf das Akzept gefallen, sodass es unbrauchbar sei. Der gutgläubige Freund stellte sofort ein neues Akzept über 7000 Mark aus, ohnedas angeblich verdorbene Papier zurückzuverlangen. Er wird für 14 000 Mark haften müssen.

Wer ist Dr. Siegel? Wer sind seine Freunde? Alles stramme Marxistentöter, Schwarzweissrote und Hakenkreuzler. Siegel war Reserveoffizier, stammte aus Köln und heiratete die Tochter eines reichen Ziegeleibesitzers, dem zu Ehren ein ganzer Strassenzug in Jüchen benannt worden ist. Siegel lebte in Saus und Braus und hat das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. Sein Patriotismus liess aber beim Steuerzahlen bedenklich nach. Der Konzern ist mit Summen erheblich im Rückstand, sodass auch die Staatskasse zu den Leidtragenden gehört. Auch bei seinen Darlehensgebern, soweit es sich um Private handelt, spielte die Steuerscheu eine grosse Rolle. Die Bauern und Geschäftsleute, die Beträge bis zu 40 000 und bis zu 70 000 Mark hergaben, taten es nicht nur mit der Aussicht auf hohen Gewinn, sondern auch, weil sie die Summen nicht versteuern wollten. Das Finanzamt hat inzwischen festgestellt, dass zahlrei-

che Geschädigte die Summen, die in dem Ziegeleikonkern steckten, nicht versteuert haben. Es drohen ihnen Nachversteuerungen und Strafen wegen Steuerhinterziehung.

Der Fall zeigt, dass patriotisches Reden und vaterländisches Handeln bei vielen unserer Patrioten zweierlei sind. Uebrigens muss es den Herren in den Zeiten des fluchwürdigen "Systems" doch recht gut gegangen sein, denn sonst hätten sie einem Schwindler nicht so grosse Summen ausliefern können.

SPD. Hagen, 27. Sept. (Eig. Drahtb.)

Im Hagerer Polizeiprozess wurden drei der schuldigen Polizeibeamten zu insgesamt 7½ Jahren Zuchthaus nebst Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf je fünf Jahre verurteilt. Wegen Beihilfe zu Betrug, Unterschlagung und Urkundenfälschung erhielten zwei der angeklagten Geschäftsleute vier und sechs Monate Gefängnis mit 3jähriger Bewährungsfrist; ausserdem müssen sie eine Geldbusse von tausend Mark bezahlen. Zwei Angeklagte erhielten 50 bzw. 100 Mark Geldstrafe, ein achter wurde freigesprochen.

Die Verhandlungen entrollten ein Bild jahrelanger Untreue und Unterschlagungen durch die verurteilten Polizeiangeestellten. Die veruntreuten Gelder haben eine Höhe von mehr als 260 000 Mark erreicht, die im Laufe der Zeit von den Schuldigen verjubelt und verspielt worden sind. U.a. wurde in dem Prozess erwiesen und festgestellt, dass alle Straftaten vor der Verstaatlichung der Hagerer Polizei begangen worden sind; also vor dem Jahre 1927. Mit der Verstaatlichung der Polizei war den Betrügereien ein Riegel vorgeschoben. Allerdings konnten die verurteilten Beamten durch gefälschte Rechnungen und Bücher-Manipulationen die unterschlagenen Summen noch lange Zeit vertuschen, bevor die Aufdeckung erfolgte.

Die Nazipresse hatte versucht, den Skandal dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Schöbel an die Rockschösse zu hängen. Schöbel ist aber erst mit der Verstaatlichung der Polizei nach Hagen gekommen. Damit wurde durch den Prozess auch die gewissenlose Lügen- und Verleumdungsmethode der Nazipresse wieder einmal erwiesen und verurteilt.

SPD. In Dresden wurde ein Sturmbannführer der SA wegen angeblicher Gehorsamsverweigerung seines Amtes enthoben. Die ihm unterstellte SA stellte sich auf seine Seite und begann zu meutern. Die SA-Führung drohte daraufhin mit der Entziehung aller Vergünstigungen und erklärte der meuternden SA: "Wenn Ihr nicht sofort ruhig seid hole ich die SS und lasse Euch niederknüppeln."

SS. gegen SA. - das ist der Beginn des Kampfes aller gegen alle im Hitler-Lager. Der Dresdener Fall ist nicht der einzige und das ist der beste Beweis dafür, dass der Kampf aller gegen alle über den Anfang bereits hinausgediehen ist.

SPD. Paris, 27. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Komponist der Internationale, Pierre Degeyter, ist am Montag-Abend im Alter von 84 Jahren in dem Pariser Vorort St. Denis gestorben.

Degeyter war von Beruf Drechsler und stammte aus Lille. In seinen freien Stunden beschäftigte er sich viel mit Musik. Anfang der 90. Jahre brachte einer der Leiter der Liller Arbeiterbewegung aus Paris einige revolutionäre Gedichte mit und bat Degeyter, eines von ihnen zu vertonen, damit es bei einem Arbeiterfest vorgetragen werden könne. Degeyter wählte das von seinem

Pariser Berufsgenossen Pettier verfasste Lied, das später den Namen Internationale erhielt und heute von den Arbeitern der ganzen Welt gesungen wird. Degeyter, der um die Früchte seines Werks gebracht wurde, da man fälschlicherweise die Musik einem seiner Brüder zuschrieb, trat bei der Spaltung im Jahre 1921 zur Kommunistischen Partei über und lebte seitdem kümmerlich von Almosen seiner Parteigenossen. Die kommunistische Stadtverwaltung von St. Denis hat beschlossen ihn auf Kosten der Gemeinde beizusetzen.

SPD. Der Nazi-Laden kracht in allen Fugen. Kein Scheinkampf gegen die "feinen Leute" kann darüber hinwegtäuschen. Zu Hunderten werden die "erwachten" SA-Leute aus der Partei geworfen. Viele Tausende folgen freiwillig nach. Sie haben die Nase voll von den Braunen Häusern, den Osafs und ihren Schwindelversprechungen.

Um die Hitler, Goebbels, Strasser und Konsorten völlig korrumpiert zu machen, haben viele industrielle und grossagrarisches Geldgeber einstweilen ihre Kassenschränke für die Nazi-Partei geschlossen. Deshalb schicken die braunen Erretter Deutschlands ihre noch treugebliebenen SA-Leute mit dem Klingelbeutel auf die Betteltour. Allabendlich sind sie im vornehmen Westen von Berlin zu sehen, wie sie die Sammelbüchse hinhalten. In den Luxuslokalen erhoffen sie besondere Beute und den bettelnden und halbverhungerten Arbeitslosen gute Konkurrenz zu machen. Ob Jude oder Christ, er wird angeschnorrt. Der Erfolg scheint jedoch sehr gering, denn auch der finanzielle Pleitegeier schleicht durch die Braunen Paläste.

Am 22. September hat die "grossdeutsche Handelsgesellschaft m.b.H.", das ist: die Reichszeugmeisterei der NSDAP von ihren Gläubigern und Lieferanten ein Schulden-Moratorium verlangt. Rund heraus wird in diesem Zahlungsaufschub die politische Pleite der Nazi-Partei eingestanden und hinzugefügt, dass die SA-Mitglieder und sonstigen Parteischuldner die gelieferten Waren und Ausrüstungsgegenstände noch nicht bezahlt hätten, weshalb die Reichszeugmeisterei ihrerseits die Verbindlichkeiten "einstweilen" nicht einhalten könne. Zwar werden die Gläubiger auf das nahe "Dritte Reich" verwiesen, das die Kassen wieder auffüllen werde, (mit den Steuergeldern des Volkes! D.Red.) aber die Hoffnung darauf scheint recht dünn, angesichts der Drohung der Reichszeugmeisterei: wenn die Gläubiger keinen Aufschub geben, erfolgt Konkurs und dann gibt es gar nichts!

So folgt dem politischen Bankrott und Betrug der wirtschaftliche und finanzielle. Und diese Leute, die nicht einmal in ihrem eignen Kassenladen Ordnung und Sauberkeit halten und ihre Zeugmeisterei zum Dalles gehen lassen, diese famosen "Wirtschaftspolitiker", "Finanzleute", "Sozialisten" und "Volkführer" wollten die deutsche Wirtschaft neu erblühen lassen. Wahre Wolkenbrüche von Reichtum und Wohlstand haben diese Maulhelden und Bankrotteure verheissen. Jetzt gehen sie herum und schwingen den Klingelbeutel und das Ende vom Lied ist, dass sie Arm und Reich, Gross und Klein betrogen haben. Heul Hitler!

SPD. Köln, 27. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die wirtschaftspolitischen Massnahmen der Regierung von Papen zeigen bereits ihre wirtschaftsfeindlichen Wirkungen. Eine Kölner Firma, die hochwertige Textilerzeugnisse ausführt, schreibt der "Kölnischen Zeitung":

"Unser Prokurist ist augenblicklich in Norwegen und hat dort in den ersten Tagen sehr gut verkaufen können. Er telephonierte uns sodann aus Oslo, dass von dem Augenblick an, an welchem am 21. dieses Monats die Massnahmen der deutschen Regierung betreffs des Heringszolls bekannt wurden, er von

keinem Kunden mehr empfangen wurde und die Kunden, die bereits bestellt hatten, ihn kommen liessen, um die Aufträge möglichst zu annullieren. Es ist unerhört, wie durch einseitige Begünstigung gewisser Interessen die deutsche Ausfuhr von Fertigwaren, die mühsam genug und unter Anwendung grosser Reklamekosten wieder hat aufgebaut werden können, dauernd gestört wird. Und es ist ein vollkommener Widerspruch, wenn eine Regierung gleichzeitig die Wirtschaft beleben will und auf der anderen Seite alles tut um sie zu zerstören."

SPD. Der Ueberwachungsausschuss des Reichstages vernahm am Dienstag über die Vorgänge bei der Auflösung des letzten Reichstages den Reichskanzler, den Reichsinnenminister und den Staatssekretär in der Reichskanzlei, sowie zahlreiche andere Zeugen. Das wesentliche Ergebnis der Zeugenvernehmung wurde in einem sozialdemokratischen Antrag festgestellt, der dem Ausschuss zur Beschlussfassung unterbreitet wurde. Der Antrag lautet :

1) Absicht des Reichskanzlers war, seine Regierungserklärung abzugeben und die Debatte stattfinden zu lassen, aber vor einer Abstimmung über Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und Misstrauensanträge die Auflösung des Reichstags herbeizuführen.

2) Da dem Antrag des Abg. Torgler (KPD) auf sofortige Vornahme der Abstimmung ohne Beratung zuerst niemand widersprach, erkannte der Reichskanzler die Möglichkeit, dass sofort abgestimmt werde.

3) Die auf Antrag des Abg. Dr. Frick (Natsoz.) beschlossene Unterbrechung der Sitzung gab dem Reichskanzler die Möglichkeit, die Auflösungsverfügung herbeizuschaffen.

4) Trotzdem der Reichskanzler hiernach mit der Möglichkeit sofortiger Abstimmungen rechnete, hat er sich weder während der Sitzungspause, noch bei Eröffnung der Sitzung zum Wort gemeldet sondern erst nach Beginn der Abstimmung, weil er auf Grund seiner Besprechungen mit dem Reichstagspräsidenten eine Abstimmung nicht für bevorstehend hielt.

5) Die Auflösungsurkunde ist dem Reichstagspräsidenten übergeben worden. Die Auflösung ist im Augenblick der Uebergabe wirksam geworden. Die danach zu Ende geführten Abstimmungen sind staatsrechtlich unwirksam. - Ihre politische Bedeutung bleibt bestehen.

6) Unbeschadet dieser Feststellungen hält der Ausschuss an der schon am 13. September 1932 beschlossenen Auffassung fest, dass die Auflösung des Reichstags vom 12. September 1932 dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht

Aus vorstehenden Feststellungen geht bereits hervor, dass die Nationalsozialisten die Regierung der Barone gerettet haben. Die Barone sind nicht nur "auf dem breiten Rücken der Nazis" zur Macht gelangt, sie sind uns auch durch die Nazis erhalten worden. Daran wird durch das Geschrei gegen die "feinen Leute" nicht das geringste geändert; denn hätte der Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Frick nicht in der letzten Sitzung des inzwischen aufgelösten Reichstags im entscheidenden Augenblick die Vertagung der Reichstagsitzung um eine halbe Stunde beantragt, dann wären die Anträge auf Aufhebung der Hungernotverordnung und das Misstrauensvotum gegen die Barone rechtsgültig angenommen worden. Der Reichskanzler hat am Dienstag selbst zugegeben, dass er zu Beginn der Sitzung gar nicht im Besitz der Auflösungsordres war und sie erst in der halbstündigen Pause habe herbeischaffen lassen.

Im übrigen hat Herr von Papen auf die entscheidende politische Frage die Auskunft verweigert. Als nämlich der Abg. Hoegner (Soz) feststellen wollte, ob die Regierung im Besitz einer Blankovollmacht des Reichspräsidenten für die Auflösung gewesen ist, in die sie von sich aus den Text mit dem Auflösungsgrund eintragen konnte, hat von Papen sich auf einen Kabinettsbeschluss zurückgezogen und die Aussage verweigert. Angeblich war die Reichsregierung überhaupt "keineswegs fest entschlossen, den Reichstag in jedem

Fall aufzulösen". Wenn das richtig ist, dann hat die Papen-Presse wochenlang gelegen; denn sie hat immer wieder versichert, dass die Reichsregierung gewillt sei ohne Parlament zu regieren. Uebrigens eine Verlautbarung, die auch jetzt bereits wieder als Meinung der Barone für den noch nicht einmal gewählten Reichstag geflissentlich ausgestreut wird.

In der Hauptsache war die Vernehmung des Herrn von Papen ausgefüllt durch Zwiesgespräche zwischen ihm und dem nationalsozialistischen Reichstagspräsidenten Goering. Der Reichskanzler berief sich wiederholt darauf, dass er kurz vor der Reichstagstagung mit dem Reichstagspräsidenten wiederholt Besprechungen über die parlamentarische Lage gehabt hat. Goering hat ihm immer wieder versprochen, alles für eine ordnungsgemässe Durchführung der Reichstagsverhandlungen zu tun. Auf dieses Versprechen hat sich Papen anscheinend fest verlassen. Heute macht er Goering Vorwürfe, dass die Reichsregierung durch die Taktik des Reichstags vollkommen überrumpelt wurde. Jedenfalls berief er sich im Tone gekränkter Unschuld auf sein "gentleman agreement" mit Goering. Wohl aus wahltaktischen Gründen waren Herrn Goering diese Feststellungen des Reichskanzlers unangenehm. Er versuchte, die Tatsache dieser Besprechungen und ihren Inhalt dadurch herabzumindern, dass er behauptete, die Besprechungen hätten in einer ganz anderen Situation und lange vor dem Zusammentritt des Reichstages stattgefunden. Die Regierung stellte daraufhin fest, dass die Besprechungen vier oder fünf Tage vor dem Reichstagsbeginn stattgefunden haben.

Erwähnenswert bleibt schliesslich noch, dass es auch in der Dienstag-Sitzung des Ueberwachungsausschusses wieder zu dem üblichen Krach zwischen Nazis und Deutschnationalen kam. Der Deutschnationale Oberfohren wies stolz darauf hin, dass die Reichstagsauflösung in der politischen Zielsetzung der Deutschnationalen gelegen habe. Die Nazis nahmen diese Erklärung ihres Harzburger Bundesgenossen von gestern wutentbrannt zur Kenntnis. Der Katzenjammer, der sie seit der Auflösung des Reichstags erfasst hat, wird täglich grösser.

SPD. Paris, 27. September (Eig. Dr.)

In Caen wurde am Dienstag-Früh ein Araber hingerichtet, der eine Bauersefrau auf bestialische Weise getötet und sie dann bestohlen hat. Als dem Verurteilten die bevorstehende Hinrichtung mitgeteilt wurde, erlitt er einen Wutanfall und weigerte sich, zum Schaffott zu gehen. Daraufhin schleppten sechs Gefängniswärter den heftig um sich schlagenden und sich wehrenden Araber zur Richtstätte. Als das Fallbeil bereits niedersauste, stiess der Delinquent heftige Wutschreie aus.

SPD. Der kommissarische preussische Innenminister Dr. Bracht hat am Dienstag vor dem Vorstand und Ausschuss des Verbandes Preussischer Polizeibeamten (Schrader-Verband) eine Ansprache gehalten, in der er nach vielem Gerede von "Ueberparteilichkeit" die Polizei als ein bewährtes, schlagfertiges und diszipliniertes Instrument rühmte, die die Sicherheit und Ordnung gewährleistet. Das Lob, das Herr Dr. Bracht der Polizei spendete, ist berechtigt. Es bedeutet jedoch zugleich den Nachweis der Nichtberechtigung des gewaltsamen Eingriffs vom 20. Juli in Preussen.

Bracht hat der Polizei ferner nachgerühmt, dass die Polizeibeamten keine Maschine seien, dass sie noch weniger zu den traurigen Wichten gehörten, die den Mantel ihrer politischen Ueberzeugung nach dem Winde drehen. An dieser Stelle hätte Herr Bracht ruhig deutlicher werden können und der Öffentlichkeit erzählen können, wo denn die traurigen Wichte zu finden sind, die sich wie Wetterfahnen nach dem jeweiligen politischen Wind richten.

Bracht hat weiter versichert, dass für Verwendung und Beförderung eines

Beamten allein seine Tüchtigkeit und seine Berufsfreudigkeit entscheidend sein sollen. Die Praxis der kommissarischen Verwaltung in Preussen seit dem 20. Juli wiegt schwerer als die Worte des Herrn Bracht. Und die Polizeibeamten werden sich selber den Kommentar zu diesen Worten gedacht haben.

Schliesslich deutete Herr Dr. Bracht an, dass Erwägungen schweben, für die Polizeibeamten das Wahlrecht ruhen zu lassen. Er suchte die Entziehung des Wahlrechts den Beamten schmackhaft zu machen mit der Versicherung, dass eine solche Massnahme nur das Zeichen einer besonderen Ehrenstellung im Staate sein würde.

SPD. Paris, 27. September (Eig. Drahtb.)

Der Genfer Sonderberichterstatteur des "Paris Soir", Sauerwein, der über die Absichten Herriots im allgemeinen gut unterrichtet ist, meldet seinem Blatt, es sei anzunehmen, dass der Ministerpräsident seine Bemühungen um den Erfolg der Abrüstungskonferenz unter Zugrundelegung folgender Erwägungen fortsetzen werde:

Es gebe einen ersten Grundsatz, über den alle Welt einschliesslich Italien einstimmig zu sein scheine. Dieser bestehe darin, dass die Wiederaufrüstung Deutschlands weder gerechtfertigt noch zulässig ist und die Welt schnell neuen Kriegen entgegenführen würde. Der zweite Grundsatz, für den eine Mehrheit vorhanden ist, sei, dass Deutschland das Recht habe, eine umfassende Abrüstung der anderen Mächte zu verlangen aber unter zwei Vorbehalten: es müsse einmal warten, bis die Abrüstungskonferenz ihr Werk vollendet hat, ehe es ein Urteil darüber abgibt, es müsse ferner darauf achten, dass Artikel 8 des Völkerbündspaktes die allgemeine Abrüstung von der Sicherheit abhängig macht. Es gebe aber keine Sicherheit, solange Deutschland in dem Zustand des frenetischen Aufruhrs gegen die Friedensverträge bleibt, in dem es sich heute befindet. Auf diesen beiden Grundsätzen könne ein Abkommen aufgebaut werden, in dem man keine Gelegenheit vorübergehen lasse, mit Deutschland wieder Fühlung zu nehmen und in dem man ihm nicht erlaube, dieses Unternehmen durch seine berechnete Abwesenheit zu stören. Dieses Abkommen könne liberal sein, wenn sich die beteiligten Mächte gleichzeitig durch Verträge binden, von denen mehrere zurzeit geprüft werden. Sie würden dann keine Gefahr laufen den Weg der Abrüstung zu beschreiten, der mit den notwendigen Modifikationen den Anregungen Hoovers entspreche.

SPD. Genf, 27. September (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson führte am Dienstag Besprechungen mit Herriot, Aloisi-Italien und dem deutschen Aussenminister über den Anspruch Deutschlands auf militärische Gleichberechtigung. Eine Besprechung zwischen Herriot und dem deutschen Aussenminister ist bisher nicht in Aussicht genommen.

SPD. Wie die stolzen Ernennungen Hitlers zum Dorf-Ehrenbürgermeister erhoben und erpresst werden, zeigt ein Nazi-Rundschreiben, das der "Aar-Bote" am 22. September veröffentlichten konnte.

Dieses Rundschreiben ist von der Kreisleitung Untertaunus der Nazipartei an die Bürgermeister der Untertaunus-Gemeinden gesandt worden. Die Bürgermeister werden darin aufgefordert eine Sitzung der Gemeindevertreter einzuberufen, um "Herrn Regierungsrat Hitler zum Ehrenbürger Ihres Ortes zu ernennen". Als Gegengabe werden der Gemeinde Kredite und öffentliche Gelder "auch

für die Bauern, Handwerker und die übrigen Volksgenossen" versprochen. Wörtlich heisst es dann :

"Es liegt also im Interesse sowohl Ihrer Gemeinde wie auch der Gemeindegemeinschaften, die Ehrenbürgerschaft recht bald durchzuführen. Falls Sie bei der augenblicklichen Zusammensetzung der Gemeindevertretung Bedenken haben, dass der Antrag nicht durchgeht und Sie deshalb von einer Abstimmung über den Antrag absehen wollen, so möchte ich Ihnen sagen, dass es uns nicht nur daran gelegen ist, die Ehrenbürgerschaft um ihrer selbst willen durchzudrücken, dass Adolf Hitler etwa einstimmig zum Ehrenbürger ernannt wird, da aus den Protokollen ohne weiteres ersichtlich ist, wer gegen den Antrag gestimmt hat. Dies ist für die kommende Gemeinderatswahl im Untertänuskreis äusserst wichtig. Sobald über den Antrag abgestimmt worden ist, bitten wir eine Abschrift des Protokolls nach hier zu senden...."

So soll sie also gedreht werden, die Ehrenbürgerschaft für Herrn Hitler! Mit falschen Versprechungen, lügnerischen Verheissungen und Terror! Viel anders hat sich der Dorf-Ehrenbürger auch nicht das deutsche Bürgerrecht und den Titel eines Regierungsrates erschlichen. Und so was nennt sich treudeutsch und will das Vaterland "erneuern"!

SPD. Wien, 27. September (Eig. Drahtb.)

Anstelle des am Montag zurückgetretenen Sicherheitsministers Ach will die Regierung Dollfuss den ehemaligen Vizekanzler Winkler, Mitglied des Landbundes, zum Sicherheitsminister ernennen. Die österreichischen Heimwehren wollen ihren Vertrauensmann Major Fey, einer der wütesten faschistischen Hetzer, in dieses Amt bringen.

Die Regierung beabsichtigt mit den Heimwehren insofern ein Kompromiss zu schliessen als neben dem Posten des Sicherheitsministers noch der eines Staatssekretärs für das Sicherheitswesen geschaffen wird. Mit diesem Posten soll der Faschist Fey betraut werden. Die Sozialdemokratische Partei erklärt, dass die Ernennung dieses Faschisten, der vor kurzem mit Starhemberg und dem Putschmajor Pabst den Stahlhelmtag in Berlin besucht hat, eine Provokation bedeute, die in Oesterreich zu schwersten politischen Kämpfen führen müsse.

SPD. Der Berliner - Schein - "Angriff" veröffentlicht seit einigen Tagen einen Parteibefehl des Nazi-Goebbels, der den Boykott über die gesamte deutsch-nationale Presse verhängt. Es wird den Nazileuten nicht nur verboten die deutschnationalen Presse-Erzeugnisse zu kaufen. Selbst wer sie liest, soll in Acht und Bann getan werden.

Am besten wird dieser neuste Scheinangriff gegen Hugenberg und die Barone durch die, dem Oberosaf persönlich unterstellte, Reichspressestelle der NSDAP beleuchtet. Diese oberste Nazi-Pressestelle erlässt am Dienstag einen Tagesbefehl, in dem es heisst: Der vom "Angriff" verhängte Boykott der deutschnationalen Presse gelte nur für den Gau Berlin. Für "das übrige Reich" habe er keine Geltung.

Wer also in Berlin ein Blatt der "feinen Leute" liest, ist "ehrlos und charakterlos" und verfällt der Goebbels-Feme. Fünf Minuten hinter Berlin ist die Sache schon anders. Da soll sich ein "gewöhnlicher" Pg. noch auskennen?

SPD. Paris, 27. September (Eig. Dr.)

Die Zahl der Todesopfer, die bei der Explosion an Bord des U-Bootes "Persée" zu beklagen sind, hat sich auf drei erhöht. Einer der schwerverletzten Werftarbeiter, die sich an Bord zur Ueberwachung der Motoren befanden, ist am Dienstag-Nachmittag im Krankenhaus in Cherbourg gestorben. Drei Schwerverletzte befinden sich noch in Lebensgefahr.

SPD. Genf, 27. September (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat genehmigte am Dienstag das Rücktrittsgesuch des Generalsekretärs Sir Eric Drummond. Als Nachfolger Drummonds wird in erster Linie der gegenwärtige stellvertretende Generalsekretär Avenol-Frankreich genannt. Die Entscheidung des Rats steht jedoch noch aus.

SPD. Von der Papen-Presse war behauptet worden, dass die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof wegen Einsetzung des Reichskommissars in Preussen verschleppt werden, weil Preussen mit seinen Schriftsätzen nicht fertig werde. Demgegenüber wird für die preussischen Staatsminister erklärt:

"Der letzte Schriftsatz der preussischen Staatsminister im Umfang von nur vier Seiten stammt vom 13. September. Er wurde von der Reichsregierung am 20. September beantwortet. Unmittelbar darauf haben die preussischen Staatsminister ebenso wie Bayern und Baden dem Staatsgerichtshof telegraphisch mitgeteilt, dass von ihrer Seite Schriftsätze nicht mehr beabsichtigt seien. Es ist also unrichtig, dass Preussen, Bayern oder Baden an der Verzögerung der Terminfestsetzung Schuld seien. Die preussischen Staatsminister drängen vielmehr nach wie vor auf die schleunige Anberaumung des Termins."

SPD. Wien, 27. September (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen über die Besetzung des Sicherheitsministeriums mit dem Landbündler Winkler und dem Heimwehrtaschisten Fey sind offenbar unter dem Druck der sozialdemokratischen Kampfansage im letzten Augenblick gescheitert. Die Regierung Dollfuss hat die angekündigte Ernennung rückgängig gemacht. Sie verzichtet vorläufig auf die Ernennung eines Sicherheitsministers. Das Sicherheitsministerium wird bis auf weiteres vom Bundeskanzler Dollfuss geleitet.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der exklusive Kanzler.

SPD. Herr Brüning war als Reichskanzler sehr exklusiv. Man hat in wenig in der Öffentlichkeit gesehen. Herr von Papen ist als Reichskanzler ebenfalls sehr exklusiv. Die Öffentlichkeit sieht ihn auch nicht oft. Die Exklusivität des Herrn von Papen ist jedoch etwas anderer Art als die des Herrn Brüning. Herr Brüning pflegte sich nicht zu zeigen, Herr von Papen zeigt sich schon - aber eben nur einem auserlesenen Kreise.

Dafür sieht man sehr reichlich Bilder, die Herrn von Papen in seinen Kreisen zeigen. Die Fotografen stellen ihn uns vor bei Premieren, bei Tennistournieren, auf Rennplätzen, immer gut angezogen, sogar musterhaft gut angezogen, immer in sehr exklusiver Gesellschaft. Eben erst hat man den exklusiven Kanzler, der aus dem Herrenklub hervorgegangen ist, uns wieder im Bild gezeigt wie er sich bei einem Moderennen in Berlin mit eleganten Damen unterhält.

Vor wenigen Jahren hat sich in der Öffentlichkeit ein Sturm des Unwillens gegen eine gewisse Art von Ministerbildern erhoben. Man hat beispielsweise Herrn Curtius heftige Vorwürfe gemacht, dass er sich anlässlich der Haager Konferenz im festlichen Frack an einer wohlbesetzten Galatafel bei einem offiziellen Essen habe fotografieren lassen. Berechtigte Vorwürfe ähnlicher Art sind damals gerade von den Kreisen, die Herrn von Papen politisch und gesellschaftlich nahestehen, aufgegriffen und zu politisch-persönlicher Hetze übertrieben worden. Die exklusiven Kreise verteidigten damals die These, dass eine deutsche Regierung sich schlichter Bürgerlichkeit befleißigen müsse.

Wir haben heute einen Reichskanzler und eine Reichsregierung, die auf schlichte Bürgerlichkeit zumindest in ihrer Herkunft nicht Anspruch erheben. Die These von der notwendigen Zurückhaltung in der Repräsentation, die einst so heftig in den ihnen nahestehenden Kreisen vertreten wurde, ist verstummt. Man repräsentiert wieder. Und die Fotografen, die in Herrn von Papen ein willkommenes Objekt erblicken, wissen ihn bei dieser Repräsentation zu finden.

Als sich seinerzeit die Proteste um die Ministerbilder erhoben, war die Not in Deutschland in den Anfängen. Heute hat sie einen früher kaum für möglich gehaltenen Gipfel erreicht. Schlichte Bürgerlichkeit des Auftretens wäre darum heute nötiger als damals. Aber wir haben eben heute keine Volksregierung, noch eine bürgerliche Regierung, sondern eine sehr feudale Regierung aus sehr exklusiven Kreisen!

Wenn das nichts hilft!

Der Scherbenhaufen, den das Kabinett der Barone in Deutschland anrichtet, wird immer grösser. Aussenpolitisch wie innenpolitisch ist die Karre vollständig verfahren. In der Wirtschaftspolitik folgt eine Notverordnung auf die andere, wobei immer die nächste das Gegenteil von dem bezweckt, was die vorhergehende erreichen sollte. Mit der Homogenität des Kabinetts ist es nicht weit her. Der eine zieht hü, der andere zieht hott. Was soll noch daraus werden?

Aber einen Trost haben wir: seit dem letzten Sonntag stellen wir fest, dass im Rundfunk für Herrn von Papen und seine Regierung gebetet wird! Wenn das nichts hilft!

Er hält es mit Rosenberg.

In Bad Frankenhausen in Thüringen sorgte ein gewisser Pfarrer Nothmann für das Seelenheil des nationalsozialistischen Spiessbürgertums. Der Pfarrer Nothmann war ein dezidiertes Hakenkreuzchrist von der kämpferischen Art. Er spielte in der politischen Propaganda wie unter seinesgleichen eine wesentliche Rolle. Diesem Hakenkreuzpfarrer ist in aller Stille durch den Landeskirchenrat der thüringer evangelischen Kirche die Ausübung seines Amtes untersagt worden.

Als Grund für diese Massnahme hört man, dass die Gattin des Nazipfarrers in das Krankenhaus eingeliefert wurde, weil sie "beim Brotabschneiden mit dem Messer der Pulsader zu nahe gekommen" sei. Der dezidierte Hakenkreuzchrist hat eifriger den "Mythos des 20. Jahrhunderts" von Rosenberg studiert als die christlichen Lehren von der Heiligkeit der Ehe. In dem Konflikt zwischen der Lehre von der Polygamie im Interesse der Aufordnung und dem christlichen Gebot der Einehe hat der Herr Hakenkreuzpfarrer sich lieber an Rosenberg gehalten als an Jesus Christus.

Geld für die feinen Leute.

Es ist stille geworden um den Feldzug gegen die feinen Leute, den der Obernazi Goebbels eröffnet hatte. Man will sich wieder vertragen, man mogelt wieder mit den feinen Leuten und die feinen Leute wollen mit dem Mantel der christlichen Liebe zudecken, was Goebbels gegen sie zur Sprache gebracht hat.

Wir werden aber gar nicht stille sein, wir werden den Nationalsozialisten immer wieder sehr deutlich zum Bewusstsein bringen, dass sie die Hausknechte und das Gesinde der feinen Leute sind! Der Stadtrat von Koburg, der bekanntlich eine nationalsozialistische Mehrheit hat, hat am 23. September beschlossen, anlässlich der Hochzeit der Prinzessin Sybille mit dem Schwedenprinzen 1200 Mark städtische Mittel für die Ausschmückung der Stadt zu bewilligen. Dabei ist der Etat der Stadt Koburg unausgeglichen. Seit dem Jahre 1930 liegen ständig wachsende Fehlbeträge vor. Die Nationalsozialisten, die landauf landab mit ihrer kommunalen Tätigkeit in Koburg renommiert haben, haben den städtischen Etat vollständig auf den Hund gebracht. Aber 1200 Mark für Dekorationsmaterial für eine Fürstenhochzeit - die bewilligen sie trotzdem gerne auf Kosten der Steuerzahler! Denn das Gesinde der feinen Leute besitzt auch die echte Gesindegesinnung!

Der Gerichtsvollzieher kommt.

Es kommt immer häufiger vor, dass Nationalsozialisten und nationalsozialistische Organisationen es auf die Pfändung ankommen lassen, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. So konnte das offizielle Gaublatt der NSDAP in Oberbayern die Kosten eines verlorenen Pressebeleidigungsprozesses in Höhe von ungefähr 1000 Mark für seinen verantwortlichen Schriftleiter nicht zahlen. Die Pfändung des Schriftleiters blieb erfolglos, da seine bewegliche Habe bereits anderweitig zwangsweise versteigert worden war. Gegen den Schriftleiter erging Haftbefehl zur Erzwingung des Offenbarungseides. Der nationalsozialistische Deutsche Arbeiterverein E.V. in München konnte Gerichtskosten in Höhe von 150 Mark nicht bezahlen, er liess es auf die Pfändung ankommen.

Das alles sind noch Kleinigkeiten! Wie wir aber aus sicherer Quelle erfahren, betragen die Verpflichtungen der Nazi-Partei bei der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rund 19 Millionen Mark.

Wie wird es erst werden, wenn die Göhner von gestern und heute morgen vielleicht den Gerichtsvollzieher schicken?

Aus aller Welt

Verbrecher in Uniform.

Aus der Geschichtschronik der SA. 33.

SPD. Im Berliner Sondergerichtsprozess, in dem die Schiesserei in der Roentgenstrasse zur Aburteilung gelangen soll, wurden die 9 kommunistischen Angeklagten bisher im wesentlichen nur von Nationalsozialisten belastet. Ein grosser Teil der Belastungszeugen gehört zum berüchtigten Sturm 33. Von seiner Stammburg im Hause Roentgenstrasse 12 aus scheint allem Anschein nach am 29. August der Ueberfall auf kommunistische Arbeiter, bei dem durch eine Verkettung von Umständen ein Nationalsozialist tödlich und zwei SA-Männer schwer verletzt wurden, verübt worden zu sein.

Aber auch sonst geht es im Hause Roentgenstrasse 12 alles andere als gemächlich zu. Lärmende Szenen, Prügeleien und alkoholische Exzesse sind, wie die empörten Umwohner vor Gericht erzählen, an der Tages- und Nachtordnung. Die Erinnerung an die geschlagenen Schlachten und die erfochtenen Siege treibt wohl immer von neuem die Stimmung der Salzsteuersoldaten hoch. "Blut ist ein ganz besonderer Saft" - ein so besonderer, dass sich Mitglieder des Sturms 33, beeinflusst vom Alkohol, auch verbrecherischer Taten gerühmt haben, die sie garnicht begingen. Zieht man indes die Uebertreibungen, die aus eigener Bierquelle stammen, ab, so bleibt immer noch ein erschütterndes Bild der moralischen Qualitäten der "Kameraden" Hitlers:

I.

Zwanzig Mitglieder des Sturms 33 drangen am 22. November 1930 in den Charlottenburger "Eden-Palast" ein. Sinn- und wahllos knallten die Nazis in eine grössere Gruppe von Arbeitern, die sich beim Tanzen harmlos vergnügten. Drei Arbeiter erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Von den vier Tätern, die gefasst wurden, wurde einer freigesprochen; wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung bekamen die anderen je 2½ Jahre Gefängnis. Planmässige Vorbereitung sah das Gericht nicht als erwiesen an, obgleich am Vormittag des Tatabends ein Nationalsozialist einem Arbeiter zurief: "Heute Abend im Eden-Palast wird abgerechnet!".

II.

In der Sylvesternacht 1930/31 überfielen mehrere Mitglieder des Sturms 33 unter Führung des Sturmführers Hahn in der Danckelmannstrasse in Charlottenburg die Brüder Erich und Robert Riemenschneider und brachten ihnen mehrere Stichverletzungen bei. Sechs SA-Leute wurden angeklagt. Hahn erhielt und ergriff die Gelegenheit zur Flucht - man hatte ihn aus der Haft entlassen. Ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen. Einer, den das Gericht des versuchten Totschlags beschuldigte, bekam 4 Jahre Gefängnis; die anderen Angeklagten kamen mit Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren davon.

III.

In der Nacht vom 28./29. Januar 1931 betrat der Arbeiter Max Schirmer, gemeinsam mit einigen Freunden, das Verkehrslokal des Sturms 33 und verlangte ein Glas Bier. Sonst hat sich Schirmer nichts zu schulden kommen lassen. Er wurde erstochen... Als der Staatsanwalt gegen die sechs der Beteiligung beschuldigten SA-Leute je 2 Jahre Gefängnis beantragte, äusserte ein Mitglied des Sturms 33: "Für zwei Jahre Gefängnis lohnt es sich schon, ein Kommunisten-Schwein abzustechen". Die Staatsanwaltschaft revidierte später ihren Antrag, nachdem ein weiterer verletzter Arbeiter als Nebenkläger zugelassen worden war. Das Gericht verhängte Gefängnisstrafen von 1 bis zu 5 Jahren. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

IV.

In der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1931 erschossen die Mitglieder des Sturmes 33 unter Führung des Sturmführers Hahn den Arbeiter Otto Grüneberg. In der gleichen Nacht rissen sie den Arbeiter Erich Riemenschneider vom Rade und brachten ihm einen lebensgefährlichen Stich in den Unterleib bei. Auf Grüneberg hatten es die Nazis abgesehen, weil er wegen seiner genauen Kenntnis der Bewaffnungsverhältnisse im Sturm 33 gefährlich war. Riemenschneider sollte wegen seiner bevorstehenden Zeugenaussage über die Vorgänge in der Sylvesternacht unschädlich gemacht werden. Der Mordplan war in allen Einzelheiten festgelegt. Vom Gericht bekam der Hauptangeklagte Foyer 5,4 Jahre Zuchthaus; zwei Angeklagte wurden zu 2 Jahren Zuchthaus und 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

V.

Am 9. Dezember 1931 erschossen Mitglieder des Sturms 33 in der Lohmeyer-Strasse den Arbeiter Walter Lange. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt. Fünf SA-Leute wurden in Haft genommen. Nach Zeugenaussagen haben zumindest drei von ihnen geschossen. Das Gericht glaubte jedoch den Sturmführer Maikowski, der zwar flüchtete, aber in einem Brief mitteilte, dass er sämtliche Schüsse selbst abgegeben habe. Das Verfahren gegen Maikowski wurde einstweilen eingestellt. Ein Angeklagter bekam wegen unbefugter Schusswaffenführung 5 Monate Gefängnis; die vier anderen SA-Leute wurden zu je 1 Monat Gefängnis wegen Teilnahme an einem unerlaubten Aufzug verurteilt.

VI.

Am 22. Juni 1932 wurden in der Roentgenstrasse mehrere Arbeiter aus dem Verkehrslokal des Sturms 33 heraus beschossen. Unter den Tätern soll auch der angeblich flüchtige Maikowski erkannt worden sein. Als Teilnehmer der überfallenen Gruppe um Entsendung von Polizeibeamten an den Tatort baten, wurde der Bitte nur scheinbar entsprochen. Einer der Beamten erklärte unterwegs: "Was wollen Sie denn noch hier, machen Sie, dass Sie nach Hause kommen, sonst werden wir Ihnen Beine machen!"

VII.

Am Abend des 29. August kam es vor dem SA-Lokal Roentgenstrasse 12 zu jener Schiesserei, die jetzt das Berliner Sondergericht aburteilen soll. Angeklagt sind - neun kommunistische Arbeiter. Aus zahlreichen Zeugenaussagen geht deutlich hervor, dass aus dem Nazi-Lokal heraus oder mindestens von der Nazi-Seite her geschossen worden ist. In diesem Sinne sagte in der Dienstag-Sitzung auch der gegenüber dem Nazi-Lokal wohnende Zeuge Rektor Koeppen aus. Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

VIII.

Die SA.-Höhle in der Roentgenstrasse ist noch immer nicht polizeilich geschlossen.

+

+

+

x.

Ein raffinierter Gauner. Ein angeblicher Sprachlehrer Weissfeld hat sich in Bergisch-Gladbach (Rheinland) grössere Schwindeleien zuschulden kommen lassen. Er erzählte von einem Auftrag der holländischen Staatsbahn: angeblich sollte Weissfeld aus der stillgelegten Blei- und Zinkgrube "Berzelius" bei Vensberg 50 000 Tonnen Dolomit und 45 000 Tonnen Zinkasche abbauen lassen und liefern. Es wurde eine Gesellschaft ins Leben gerufen, um den grossen Auftrag auszuführen. Ein Bergisch-Gladbacher Tiefbauunternehmer wurde mit der Abfuhr des Materials beauftragt. 40 Erwerbslose beluden etwa 50 Eisenbahnwagen mit Dolomit und Zinkasche. Weissfeld, der von seinen Interessenten Gelder und Reisespesen erhalten hatte, war inzwischen zur Durchführung weiterer Verhandlungen angeblich nach Holland gereist. Erst ziemlich spät stellte man fest, dass Weissfeld nie in Holland war. Nun warten 50 vollgeladene Eisenbahnwagen vergeblich auf den Abtransport; möglicherweise kommt

jedoch die Reichsbahn als Abnehmer in Frage. Vorläufig dürfte der Meistgeschädigte der Tiefbauunternehmer sein, der die Löhne der Arbeiter und für jeden Waggon täglich vier Mark Wartestandsgebühren zahlen soll. Die Arbeiter haben bisher das Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen müssen.

Weissfeld hat schon früher Schwindeleien verübt. Erwerbslosen Angestellten lockte er mit dem Versprechen, Sprachunterricht zu geben, die letzten Groschen aus den Taschen. Zum Unterricht selbst ist es nie richtig gekommen. Dass er sich u.a. auch als "ehemaliger Kapitänleutnant" ausgab, genügte vielen Geschäftsleuten zur Kreditgewährung. Auch sie haben jetzt das Nachsehen.

41 000 Mark unterschlagen! Bei der Sterbekasse der Rheinisch-Westfälischen Malerinnung, Sitz Essen sind umfangreiche Unterschlagungen aufgedeckt worden, die bisher die Höhe von 41 000 Mark erreicht haben. Man befürchtet jedoch, dass sich diese Summe noch erhöhen wird, da der grösste Teil der Belege verschwunden ist. Gegen den verantwortlichen Geschäftsführer wurde Strafantrag gestellt.

Raketenstart verschoben. Der für Dienstag auf der Frischen Nehrung beabsichtigte Start der Winklerschen Flüssigkeits-Rakete musste wegen Bruchs eines Zuleitungsrohres bis auf weiteres verschoben werden.

Raubüberfall. Am Dienstag Nachmittag überfielen zwei noch unbekannte etwa 35jährige Frauen die in einem Hause der Köpenickerstrasse in Berlin O. wohnhafte Schneiderin Olga Falk. Die Verbrecherinnen fesselten die Schneiderin an Händen und Füßen, steckten ihr einen Knebel in den Mund und banden Stoffreste um den Kopf. Nachdem die Verbrecherinnen die Unglückliche auf ihr Bett geworfen hatten, durchsuchten sie die Wohnung nach Geld und Wertsachen. Sie flüchteten nach kurzer Zeit unter Mitnahme von Schmuckstücken im Werte von 200 Mark. Die Schneiderin erlangte erst nach einiger Zeit das Bewusstsein wieder. Mühsam befreite sie sich aus den Fesseln und rief Nachbarn herbei. Zur Verfolgung war es zu spät.

Ueber die Dächer! Der der Devisenschiebung verdächtige Kaufmann Max Saper in Beuthen flüchtete unmittelbar vor seiner Festnahme. Saper entkam über die Dächer. Er gehörte einer Devisenschiebergesellschaft an, die in den letzten Monaten ungefähr zwei Millionen Reichsmark nach Polen geschmuggelt haben soll.

Entsprungen - verhaftet. Der im Januar dieses Jahres aus der Strafanstalt Gollnow entsprungene Zuchthausgefangene Max Duda wurde von Beamten der Berliner Kriminalpolizei bei einer Razzia in einer Pension in Berlin W. aufgegriffen und verhaftet. Duda, ein bekannter und gefürchteter Einbrecher, erklärte bei seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium, dass er erst vor wenigen Tagen nach Berlin gekommen sei, um seine Braut zu besuchen.

Liebesdrama. In Hochheim bei Worms erschoss ein 18 jähriger Reichswehrsoldat seine um ein Jahr jüngere Freundin, danach sich selbst. Vermutlich trieb die Unmöglichkeit einer baldigen Eheschliessung den jungen Mann zu seiner Verzweiflungstat.

Flugzeug explodiert! Ein englisches Bombenflugzeug ging in der Nähe von Holtich (Lincolnshire) in Flammen auf, stürzte ab und explodierte mit der gesamten Bombenladung. Der Pilot der Maschine kam ums Leben.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Zurückgepiffen.

SPD. Im Lohn- und Arbeitsstreit des Ruhrbergbaus haben die Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am Dienstag, wie amtlich mitgeteilt wird, zu einer Einigung geführt. Die Verbände erkannten die in den Schiedssprüchen vom 24. September vorgeschlagene Lohn- und Arbeitszeitregelung an und erhoben sie zum Tarifvertrag. =

Die Schiedssprüche brachten keine Veränderung des Lohns und der Arbeitszeit. Im Hauptpunkt, d.h. in der Lohnabbauauforderung mussten die Unternehmer des Ruhrbergbaus nachgeben. Sie müssen sich zunächst mit den Möglichkeiten einer Hilfeleistung für notleidende Betriebe abfinden, wie sie in der Notverordnung gegeben sind. Das befriedigt sie natürlich nicht; allein es blieb ihnen im Augenblick nichts anderes übrig, als zurückzustecken; denn ihre Regierung will um jeden Preis ihr Experiment zur Ankurbelung der Wirtschaft sichern. Ein grosser Arbeitskonflikt im Ruhrbergbau aber, der sicherlich auch auf die Schwerindustrie übergegriffen hätte, wäre gleichbedeutend gewesen mit einem Todesstoss gegen das Ankurbelungsexperiment. Im übrigen ist die Regierung der Barone auch die Regierung der Grubenbarone. Wenn im Tarifkonflikt auch nicht die Wünsche der Grubengewaltigen erfüllt wurden, und wenn auch die in der Notverordnung den Unternehmern geschenkten Rosen keine Rosen ohne Dornen sind, so ist doch im ganzen der lohn- und sozialpolitische Kurs der Regierung Geist vom Geiste der Schwerindustrie. Und deshalb wollen die Herren an der Ruhr jetzt stillhalten.

Der Ausgang des Tarifkonflikts des Ruhrbergbaus dürfte auch auf die Eisenindustrie sehr schnell klärend wirken. Eisen Nordwest wird, wie verlautet, höchstwahrscheinlich jetzt die Tarife nicht kündigen. Der Hauptgrund dafür liegt, abgesehen von wirtschaftspolitischen Ueberlegungen, wohl darin, dass Nordwest, der schärfste Gegner der Verbindlichkeitserklärung, unter Umständen in die Lage kommen könnte, zur Vermeidung eines tariflosen Zustandes nach Verbindlichkeit zu rufen. Das wäre doch etwas zu blamabel. Nachdem man sich für die Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung so stark gemacht hat, muss man wohl oder übel wenigstens bis zu einem gewissen Grade aus seinen Forderungen auch die Konsequenzen ziehen. Wie lange das allerdings praktisch möglich sein wird, ist eine andere Frage. Aber der Reichsarbeitsminister hat ja nicht umsonst die Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung grundsätzlich beibehalten. Die Herrschaften, die das Schlichtungswesen nicht genug in Grund und Boden verdonnern konnten und es jetzt, wo es zu Gunsten der Arbeiter eingesetzt werden müsste, am liebsten ganz zerschlagen möchten, wollen sich für alle Fälle sichern. Wenn man schon mit einer Wiederbelebung der Wirtschaft rechnet, dann rechnet man auch selbstverständlich damit, dass die Arbeiter sich eines Tages in Lohnkämpfen wieder das holen werden, was sie verloren haben. Und dann - ja dann kann man die Verbindlichkeitserklärung wieder sehr gut brauchen, um Lohnbewegungen abzuwürgen.

Die Eisenindustrie Nordwest will jetzt auch keinen Arbeitskonflikt, weil sie von der Arbeitsbeschaffung grössere Aufträge erwartet. Ob es infolgedessen zu nennenswerten Neueinstellungen kommt, ist allerdings eine andere Frage. Jedenfalls wird die Notverordnung in der Schwerindustrie keine spürbaren Mehreinstellungen zur Folge haben. Wenn man die Vierzigstunden-

woche einführt, wo im Durchschnitt die Arbeitszeit 37 Stunden beträgt, und wenn man Order gibt, dass die Gesamtlohnsumme unter keinen Umständen eine Erhöhung erfahren darf, dann kann es sich in Nordwest nur um eine ganz beschränkte Einstellung billiger Hilfskräfte handeln.

SPD. Der Kampf um die Vierzigstundenwoche hat in Holland eine Verschärfung erfahren, Der Niederländische Arbeitgeberverband hat sich auf seiner Generalversammlung in Velsen (Nordholland) gegen die Vierzigstundenwoche ausgesprochen mit der merkwürdigen Begründung, dass selbst die Achtundvierzigstundenwoche noch nicht einmal in allen mit Holland konkurrierenden Ländern eingeführt sei. Der Vorsitzende des Verbandes erklärte, man müsse dem sogenannten Auswechslungssystem, wonach bestimmte Arbeitergruppen einander im Betrieb sich zeitweilig ablösen, den Vorzug geben. Im übrigen sei die Arbeitslosigkeit in Niederland noch nicht so drückend als in andern Ländern; sie betrage nur $3 \frac{3}{4}\%$ gegen 9% in Deutschland und 10% in den Vereinigten Staaten.

+

In einem Bericht der "India Tire & Rubber Co." an das amerikanische Regierungsamt für Arbeitsstatistik wird mitgeteilt, dass die vor einiger Zeit in einer bestimmten Abteilung eingeführte Sechsstundenschicht sich vollauf bewährt habe. Die Produktion sei verbessert, in finanzieller Hinsicht seien Ersparnisse erzielt worden. Man habe beschlossen, den Sechstudentag auch auf die anderen Abteilungen des Unternehmens auszudehnen. In dem Bericht heisst es zum Schluss: "Wir haben es unterlassen, auf die soziologischen Vorteile verkürzter Arbeitszeit und der Einstellung von neuen Arbeitskräften einzugehen. Dies ist in anderen Artikeln getan worden. Unsere Erfahrungen bestätigen alle diese Vorteile. Alles in allem kann gesagt werden, dass die neue Arbeitsmethode wirtschaftlich durchaus gesund und tragbar ist."

SPD. Die Finanznot der Gemeinden hat auch die Krankenhausbetriebe hart getroffen. An der Krankenfürsorge und an der Krankheitsvorbeugung wird empfindlich gespart - so sehr, dass eine ordnungsmässige Betreuung der Bevölkerung nicht mehr vorhanden ist. Man sollte meinen, dass vor allem die leitenden Aerzte der Krankenhäuser von diesen auf Kosten der Gesundheit gehenden Sparmassnahmen wenig entzückt sind. Das Gegenteil ist leider der Fall, wie folgende Mitteilung aus Gewerkschaftskreisen beweist:

Der "Verein der leitenden Aerzte an den Kranken- und Pflegeanstalten der Stadt Berlin" hat durch einen Ausschuss eine "Denkschrift zur Frage der Vereinfachung und Verbilligung des Betriebes der städtischen Krankenhäuser" ausarbeiten lassen. Diese Denkschrift fordert - angeblich nach rein medizinisch-sachlichen Gesichtspunkten - Verlängerung der Arbeitszeit, Ausschaltung der behördlichen Arbeitsnachweise, Beseitigung der Tarifverträge, Weiterbeschäftigung des pensionsreifen Personals und Beschäftigung von Ordenspersonal an Stelle freier Arbeitnehmer. Die Denkschrift klagt auch über die hohen personellen Kosten, und zwar hat sie solche Kosten bei allen Arbeitnehmergruppen entdeckt, nur bei einer Gruppe nicht: bei der Gruppe der leitenden Aerzte. Dabei ist der leitende Krankenhausarzt der Hauptnutznießer der Anstalt. Für seine privatärztliche Tätigkeit stehen ihm die Räume, die Einrichtungen und das Personal der Krankenhäuser vielfach unentgeltlich oder gegen eine nur geringe Abgabe zur Verfügung. Ferner erhält der leitende Krankenhausarzt neben seinen Einnahmen noch ein festes Gehalt; auch

ist er, von geringen Ausnahmen abgesehen, pensionsberechtigt angestellt. In einer mittelgrossen Stadt beträgt das Einkommen des leitenden Arztes in einer Anstalt mit etwa 200 Betten rund 50 000 Mark pro Jahr. Häufig betreibt auch der leitende Krankenhausarzt noch Kassenpraxis. Rechnet man dann noch die Gutachter- und Sachverständigentätigkeit, die Einnahmen aus "Aufführungen" in Krankenpflege- und ähnlichen Schulen hinzu, dann kommt man zu dem Resultat, dass ein leitender Krankenhausarzt zu den bestbezahlten Leuten gehört.

In Deutschland gibt es rund 3 300 allgemeine Krankenanstalten, die durchweg mehrere leitende Aerzte beschäftigen. Würde man das Einkommen dieser Aerzte auch nur annähernd so kürzen, wie sie es für die Arbeitnehmer fordern, dann käme man zu einer Ersparnis von annähernd 40 Millionen Mark. Mit dieser Ersparnis könnte man vielen jungen, heute notleidenden, Aerzten Existenzmöglichkeiten schaffen.

SPD. Im Streitfall der Alexanderwerk A.G. in Remscheid hat der von der Firma angerufene Schlichter noch keine Entscheidung gefällt. Die Gewerkschaften haben geltend gemacht, dass es sich bei den 400 neu eingestellten Leuten nicht um entlassene, sondern um Ende Juli und Anfang August auf längere Zeit beurlaubte Leute handle und dass aus diesem Grunde die Belegschaft in Stärke von 1000 Mann streike.

Der Schlichter wird am Mittwoch in Remscheid die Angelegenheit untersuchen und seine Entscheidung fällen.

SPD. Im Scherlverlag ist ein erster Arbeitskonflikt ausgebrochen. Die graphischen Hilfsarbeiter sind, da die Verhandlungen zur Vermeidung des angedrohten Lohnabbaus scheiterten, am Dienstag in Streik getreten. Das Erscheinen der Hugenbergblätter ist in Frage gestellt.

SPD. Der Vorstand des Reichsbundes der Kommunalbeamten und -angestellten nahm dieser Tage in Weimar zur beamten- und finanzpolitischen Lage Stellung. Eingehend erörterte er die aus der Finanzlage der Länder und Gemeinden sich ergebenden Gefahren, unter denen nicht zuletzt auch die Kommunalbeamten und Angestellten zu leiden haben. Eine überaus grosse Zahl von Gemeinden ist bereits nicht mehr in der Lage, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die für die Gehaltszahlungen vorgesehenen Termine werden rücksichtslos ausser acht gelassen. Der Vorstand sieht als Hauptursache dieser Entwicklung die unorganische Regelung der Fürsorge für die Erwerbslosen an und fordert deshalb, dass endlich und ungesäumt durch die Schaffung einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge die Grundlage für die Wiederherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft in den Gemeinden gelegt werde. Im übrigen müsse bei der Durchführung des wirtschaftlichen Ankurbelungsprogramms in erster Linie für den am längsten und stärksten unter der Erwerbslosigkeit leidenden Wohlfahrtserwerbslosen gesorgt werden.

SPD. Für die württembergische Textilindustrie sind vom Landesschlichter für Donnerstag Schlichtungsverhandlungen anberaumt, die in Stuttgart stattfinden werden.

Landwirtschaft Technik Handel

Moratorium für die Landwirtschaft.

Neue Subventionen bei leeren Kassen.

SPD. Die von der Reichsregierung angekündigte neue Zinsregelung für landwirtschaftliche Schulden läuft darauf hinaus, dass eine zwangsweise Zinsstundung eintritt. Damit ist die zwangsweise Zinssenkung, die von den Agrariern verlangt, aber von sämtlichen Sachverständigen abgelehnt wurde, fallen gelassen worden.

Auch bei diesem Teil der kommenden Notverordnung stehen die Einzelheiten keineswegs fest. Bisher wurde von der Regierung nur mitgeteilt, dass die Zinsen für landwirtschaftliche Hypotheken zwangsweise für die nächsten zwei Jahre um 2 % jährlich herabgesetzt werden sollen. Man will die Zinsen aber gleichsam an das Kapital anstückeln und zwar in der Art, dass das geschuldete Hypothekenskapital von 100 auf 104 % anwächst. Aber die zusätzlichen 4 % Kapitalschuld werden nicht verzinst und sind - bei zurückzahlbaren Hypotheken, den sogenannten Kapitalhypotheken - nur dann voll zurückzuzahlen, wenn die Hypotheken erst ab 1940 fällig bzw. zurückverlangt werden. Bei früheren Fälligkeiten oder bei Kündigung tritt eine Ermässigung oder gar ein Wegfall der Rückzahlung ein.

Es wird aber nicht nur ein Teil der Verzinsung gestundet, sondern bei den erwähnten Kapitalhypotheken auch die Rückzahlung, falls die Hypotheken bis zum 1. April 1936 fällig werden. Das bedeutet nichts anderes als ein Moratorium von 3½ Jahren für landwirtschaftliche Hypotheken. In der Rede des Reichsernährungsministers Freiherr von Braun in München wurde der Öffentlichkeit dieses weitgehende Moratorium unterschlagen. Erst später erfuhr man davon. Die Regierung scheint der Auffassung zu sein, dass es besser ist, der Öffentlichkeit schluckweise beizubringen, wie umfassend die neue Subvention an die Landwirtschaft ausgefallen ist. Die Art, wie heute wichtige gesetzgeberische Akte dem Volke mitgeteilt werden, ist auch ein Stück der "grundsätzlich neuen Staatsführung".

Wenn man jemandem etwas schenkt, muss immer einer da sein, der das Geschenk bezahlt. Bei dem Moratorium für die Landwirtschaft handelt es sich um die Frage, wie die Gläubiger den Zinsverlust, der immerhin zunächst einmal eintritt, tragen sollen. Auch hier ist ein Punkt in der Ankündigung der Reichsregierung, der, wie so viele andere, nicht geklärt ist. Soviel steht fest, dass die privaten Gelder den Verlust selbst tragen müssen. Sie haben sich damit abzufinden, dass die vertraglich vereinbarten Zinsen zum zweiten Mal herabgesetzt werden. Das gleiche gilt für diejenigen Hypothekenbanken, bei denen der Anteil der landwirtschaftlichen Kredite am Hypothekenbestand unter 10 % liegt. Den übrigen Hypothekenbanken wird eine finanzielle Hilfe vom Reich zugesagt, wahrscheinlich in der Form, dass das Reich ihnen in entsprechender Höhe unverzinsliche Schuldverschreibungen abnimmt.

In diesem Zusammenhang wird die Frage brennend, woher das Reich das Geld nehmen will, das die ganze Transaktion erfordert. Wenn es heisst, die Geldgeber der Landwirtschaft müssen eine zweite Zinssenkung in Kauf nehmen, dann muss man auch daran denken, dass diese Geldgeber keineswegs mit irdischen Gütern überschüttet sind. Diese Geldgeber setzen sich aus Sparern im deutschen Volke zusammen, die den Ertrag ihrer Arbeit in Pfandbriefen sicher

anzulegen glaubten, um für das Alter etwas zu haben. Zu diesen Geldgebern gehören auch die Sparkassen mit ihren vielen Einlegern. Hier liegen die Dinge wohl so, dass die Sparkassen zu den Instituten mit unter 10 % landwirtschaftlichen Hypothekenbestand zu rechnen sind. Ihnen kommt die verheissene Reichshilfe nicht zugute. Sie, die gerade die kleinen Sparer betreffen, müssen sehen, wie sie mit den verminderten Zinseingängen auskommen. Die Regelung ist schon mehr als rigoros.

Der wundeste Punkt in dem Moratoriumsprojekt sind wohl die Landschaften. Bei ihnen wird die vom Reich angekündigte Hilfsaktion garnicht genügen, um sie instand zu setzen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Pfandbriefgläubigern nachzukommen. Hier werden wohl auch die Pfandbriefbesitzer daran glauben müssen, während sie in allen übrigen Fällen verschont bleiben.

SPD. Die Mitteilungen der Reichsregierung über die Kontingentierung zeichnen sich gerade nicht durch Klarheit und Eindeutigkeit aus. Im Lager der Interessenten und in der Presse hat ein grosses Katzbalgen darüber begonnen, was die Regierung eigentlich gemeint hat und wie sie sich die Durchführung der Kontingentierung denkt.

In seiner Münchener Rede sagte der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun allerdings, die Kontingente seien bereits "festgelegt". Daraus haben die Kontingentierungsfreunde den Schluss gezogen, die weitere Aktion werde sich binnen wenigen Tagen so entwickeln, dass die Reichsregierung die betroffenen Länder von ihren Entschlüssen kurzer Hand in Kenntnis setzt. Dahin wurde auch eine Nachricht ausgelegt, nach der der Reichsernährungsminister eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte antreten wolle. Diese Nachricht ist aber in der Zwischenzeit berichtigt worden. Wie es heisst, wird nicht der Reichsernährungsminister, sondern ein Ministerialrat Walter die erwähnte Rundreise antreten. Klarheit darüber, wie man sich den Fortgang der Aktion denkt, ist aber damit natürlich keineswegs geschaffen worden.

Wir können nicht glauben, dass die Reichsregierung unter allen Umständen Handelskriege mit einem Dutzend von Ländern wagen will. Sie würde das aber tun, wenn sie die Welt hinsichtlich der deutschen Kontingente vor vollendete Tatsachen stellt. Das Ausland würde in derselben Manier antworten und Europa würde binnen einer Woche im frisch-fröhlichen Handelskrieg stecken, in dem Deutschland isoliert steht. Der Ausgang könnte garnicht zweifelhaft sein. Die ganze Kontingentierung ist eine handelspolitische Unbegreiflichkeit. Das kann aber unmöglich dazu berechtigen, auf die eine Unbegreiflichkeit noch andere zu häufen.

In der Industrie hält man immer noch daran fest, dass die deutsche Regierung mit den einzelnen Ländern über die Kontingente verhandeln wird. Nach der Bruskierung vom Montag - als solche hat die deutsche Industrie die Kontingentierungsankündigungen der Reichsregierung allgemein empfunden - empfindet man die Möglichkeit von Kontingentierungsverhandlungen gewissermassen als Pflaster auf die Wunde. Man will in Kreisen der Industrie wissen, dass die Reichsregierung ihre Unterhändler mit Vollmachten versehen wird, die Kontingente weitgehend abzumildern, sofern sich die einzelnen Länder dazu verstehen, der Einfuhr von deutschen Industriewaren keine Schwierigkeiten zu bereiten und auf Repressalien gegen die Beeinträchtigung ihres Aussehens durch die deutschen Kontingente verzichten.

Im übrigen versucht die mit der Papen-Regierung sympathisierende Presse, die Kontingentierungsaktion zu bagatellisieren. Die Berliner schwerindustrielle "Deutsche Allgemeine Zeitung", die sich allerdings in ihren Propehezeungen und Voraussagen während des letzten Jahres ständig geirrt hat,

macht eine Milchmädchenrechnung auf, wonach die ganze Kontingentierung nur ein Objekt von 30 bis 50 Millionen Mark bedeute. Hier dürfte sich das Papenblatt wieder einmal geirrt haben. Und für den Fall, dass es nicht irren sollte - die Einzelheiten der Kontingentierung stehen ja noch immer aus - : Warum macht man um 50 Millionen Mark ein derartiges Theater, das nicht nur Deutschland, sondern den ganzen internationalen Handel erschüttert? Handelt es sich wirklich nur um ein Objekt von 50 Millionen Mark, dann stehen doch Einsatz und Gewinn in keinem Verhältnis, um den Handelskrieg mit den wichtigsten Handelsstaaten der Welt zu wagen.

Man muss sich darüber klar sein, dass die ganze Anlage der Aktion der Papenregierung, wenn sie durchgeführt wird, das System der Meistbegünstigung, durch das Deutschland mit der erste Handelsstaat der Erde geworden ist, über den Haufen werfen muss. Da liegen die letzten Konsequenzen des gegenwärtigen Kontingentierungsrummels.

Man darf auch nicht übersehen, dass die Durchführung der Kontingentierung in den Einzelheiten, wie sie sich anscheinend die Reichsregierung denkt, für wichtige Artikel eine Art Einfuhrmonopol schaffen muss. Wie mitgeteilt wurde, soll sich die Kontingentierung über den Importeur regeln. Das wird z.B. bei der Holzeinfuhr, wo es viele Importeure gibt, grosse Schwierigkeiten machen und zweifellos zu einer bedenklichen Ueberorganisation führen. Bei dem Import von anderen Artikeln, z.B. bei Südfrüchten, kommen nur wenige grosse Importeure in Frage. Diesen Importeuren will man das Kontingent überlassen. Dem Importeur steht es nun frei, die nach Deutschland zu importierende Ware in beliebigen Ländern aufzukaufen. Er kann beispielsweise seinen Importbedarf an Käse ausschliesslich aus Dänemark und nicht aus Holland beziehen. Holland wird in diesem Falle benachteiligt sein und wird sich selbstverständlich durch Repressalien revanchieren. Viel gefährlicher ist das Monopol nach der Preisseite. Der Importeur hat keine Konkurrenz. Er kann seine Preise beliebig machen. Hier hätten wir das schönste Einfuhrmonopol und die schönste Preisdiktatur. Die deutsche Bevölkerung würde ausgehungert und die deutsche Ernährung würde gefährdet, während ein paar Importeure hohe Gewinne machen.

SPD. Die Kontingentierungsmassnahmen der Reichsregierung haben in der deutschen Presse eine durchaus geteilte Aufnahme gefunden. Die Industrie ist enttäuscht, die Landwirtschaft dagegen bedauert, dass die Regierung sich nicht entschlossen hat, die Kontingente sofort autonom zu gestalten, d.h. dass die Regierung sich nicht sofort in das Abenteuer von Handelskriegen stürzen will.

Der Standpunkt der Industrie kommt in einer Rede zum Ausdruck, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold am Dienstag bei der Einweihung der neuen Industrie- und Handelskammer in Köln gehalten hat. Warmbold weist darauf hin, dass ein Industrieland wie Deutschland, das unter Rohstoffarmut und Ueberbevölkerung leidet, auf die weltwirtschaftlichen Verflechtungen angewiesen sei. Ein Rückzug aus diesen weltwirtschaftlichen Verflechtungen - hier zielt die Rede des Reichswirtschaftsministers deutlich auf die Kontingentierungspolitik der Regierung ab, der er selbst angehört - könne nur Verewigung der grossen Arbeitslosigkeit bedeuten.

Dem braucht man nichts hinzufügen. Eine andere Meinung entwickeln die Nazis im "Völkischen Beobachter". Das Blatt schreibt, die "konzentrischen Angriffe der nationalsozialistischen Partei hätten die gegenwärtige Regierung erst zu der Kontingentierungspolitik gezwungen". Die "Kontingentierungsmassnahmen seien aber noch völlig unzureichend."

Wir wollen dazu bemerken, dass die Nazis in den deutschen Hafenstädten etwas anders über die Kontingentierung sprechen. In diesen Gebieten, wo sich die Kontingentierung sofort auswirken muss, wollen die Nazis nichts mit ihr zu tun haben. Sie lehnen die Kontingentierung als "Werk der Regierung Papen" ab. Also die übliche nationalsozialistische Demagogie.

Damit auch der Humor zu seinem Recht kommt, wollen wir die Meinung der schwerindustriellen "Deutschen Bergwerkszeitung" festhalten. In einem Leitartikel entwickelt sie die Auffassung, dass die Landwirtschaft gerade wie die Industrie unter der sozialdemokratischen Politik der übersteigerten Sozialfürsorge und der hohen Löhne leide. Durch Druck auf Löhne und Abbau der Sozialfürsorge könne der Landwirtschaft geholfen werden, nicht aber durch Kontingentierung.

Das ist also die Meinung der "Deutschen Bergwerkszeitung".

SPD. Die kommende Notverordnung sieht für die Landwirtschaft eine Neuordnung des Vollstreckungsschutzes und die Schaffung eines Vermittlungsverfahrens vor.

Soweit das Vermittlungsverfahren in Frage kommt, will man eine Regelung einschalten, wonach dieses Verfahren beim Amtsgericht eröffnet werden kann. Zweck des Verfahrens soll sein, zwischen Gläubiger und Schuldner einen Ausgleich herbeizuführen. Während der Dauer des Verfahrens ist der Schuldner vor Zugriffen auf sein Grundstück geschützt. Im übrigen ist ein Schuldenregelungsplan aufzustellen, der auch gegen eine widersprechende Minderheit zur Annahme gelangt, wenn er die Zustimmung von Zweidritteln der ungesicherten Gläubiger erhält. Unter diese ungesicherten Gläubiger fallen auch die Hypothekengläubiger, deren Forderung den Wert des Grundstückes übersteigt. Damit wird zweifellos für die Landwirtschaft ein Sonderrecht geschaffen. Die nicht an erster Stelle stehenden Hypothekengläubiger werden entrechtet. Das muss zur Folge haben, dass in Zukunft kein Mensch mehr der Landwirtschaft Kredite geben wird. Der Kreditmarkt der gesamten Landwirtschaft wird in der Weise verwüstet werden, wie das bereits im Zusammenhang mit der Osthilfeverordnung vom November vorigen Jahres in der ostdeutschen Landwirtschaft geschehen ist.

Noch katastrophaler muss sich der oben erwähnte Vollstreckungsschutz auswirken. Obwohl die Erfahrung mit dem Vollstreckungsschutz von 1930, der seinerzeit aufgehoben wurde, um die Kreditversorgung der Landwirtschaft nicht vollends in Frage zu stellen, die Regierung eines besseren belehren müsste, will man jetzt einen neuen Vollstreckungsschutz einführen, falls der Landwirt die Zinsen für die erste Hypothek nicht zahlt. Die Durchführung wird von besonderen Voraussetzungen abhängig gemacht. Voraussetzungen sind, wenn der Landwirt die Zinsen infolge Unwetters oder Viehseuchen nicht aufbringen kann oder wenn die Preise wichtiger Verkaufsprodukte hinter dem allgemeinen Stand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zurückgeblieben sind. Die ersten beiden Voraussetzungen, Unwetter und Viehseuchen, kann man gut heissen und billigen. Falls man sich aber entschliesst, den Vollstreckungsschutz von Preisverhältnissen abhängig zu machen, ist das mehr als bedenklich. Schliesslich kann jeder nachweisen, dass der Ertrag seiner Arbeit unter dem üblichen Preisniveau liegt. Der grösste Teil der deutschen Arbeiterbevölkerung kann das hinsichtlich des Lohnes, der doch nur der Preis für die wahre Arbeitskraft ist, schon seit langem. Kein Mensch aber hat hier an Vollstreckungsschutz gedacht, der sicherlich notwendig ist.

Angebot wird stärker.

(Berliner Getreidebörse vom 27. September.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag recht matte Stimmung; insbesondere verlor Weizen am Promptmarkt wie auch am Markte der Zeitgeschäfte für den laufenden Monat 3 bzw. 4 Mark. Das Angebot an Ware war stärker geworden, während sich die Mühlen bei ihren Käufen sehr zurückhielten und nur zu nachgebenden Preisen operierten. Die späteren Sichten am Markte der Zeitgeschäfte gingen gleichfalls um etwa 2 Mark zurück. Recht stark ist das Angebot an Roggen geworden, das aus allen Teilen des Reiches stammt. Auch hier hielten sich die Mühlen infolge des schleppenden Mehlgeschäfts sehr zurück. Polnischer Roggen war weiter zu billigeren Sätzen erhältlich als Inlandware. Trotz Stützungskäufe ging der Roggenkurs für prompte Ware um etwa 1 Mark, am Markte der Zeitgeschäfte um $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark zurück. Am Mehlmarkt hat sich nichts geändert. Es erfolgten hier kleinste Käufe zur Deckung des laufenden Bedarfs, während gleichzeitig die Mühlen bei ihren Forderungen entgegenkommender geworden sind. Auch für Hafer war die Stimmung ruhiger. Die Preise konnten nachgeben, da auch hier dem reichlichen Angebot nur geringe Nachfrage gegenüberstand.

	26.9.	27.9.
	(ab märkische Station in Mk.)	
Weizen	212 - 214	209 - 211
Roggen	159 - 161	158 - 160
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Futter- und Industriergerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	136 - 141	135 - 140
Weizenmehl	25,50 - 29,75	25,50 - 29,50
Roggenmehl	21,00 - 23,40	20,90 - 23,30
Weizenkleie	9,70 - 10,10	9,70 - 10,10
Roggenkleie	8,50 - 8,90	8,50 - 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 219 - 219 (Vortag 223), Oktober $220\frac{1}{2}$ - $219\frac{1}{2}$ Brief ($221\frac{1}{2}$), Dezember $221\frac{1}{2}$ - 220 ($222\frac{1}{2}$) März 225 - $224\frac{1}{2}$ Brief, Roggen September $170\frac{1}{2}$ - 170 ($171\frac{3}{4}$), Oktober $169\frac{1}{2}$ bis $168\frac{1}{2}$ (171), Dezember 171 - $170\frac{1}{2}$ ($172\frac{1}{4}$) März $173\frac{1}{2}$ - 173 ($174\frac{1}{4}$), Hafer September $146\frac{1}{2}$ ($147\frac{1}{2}$), Oktober $142\frac{1}{2}$, Dezember 143.

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) Rk	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh " Rk	-
" " Haferstroh " Rk	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh " Rk	-
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt Rk	0,65 - 0,85
Bindfadengepresstes Roggenstroh Rk	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh Rk	0,45 - 0,55
Häcksel Tendenz still Rk	1,40 - 1,45
Gutes Heu, gesund und trocken Rk	1,90 - 2,25
Luzerne, lose Rk	2,10 - 2,45
Thymothee, lose Rk	2,20 - 2,50
Kleeheu, lose Rk	2,-- - 2,30
Drahtgepresstes Heu Rk	0,40 über Notiz.